

„DEM HEIMATSCHUTZ MUSS EBEN GEOPFERT WERDEN“

Reportage zur europäischen Sicherheitspolitik

Von Hannah Huell
Juniorteam Europa in NRW

Sarine Schumacher leitet das Ministerium für Heimatschutz und Terrorismusprävention nun seit einem Jahr. Eine Bilanz zum 10-jährigen Jubiläum „ihres“ Ministeriums

Wenn Sarine Schumacher früh morgens um 7:30 Uhr das Haus verlässt und in die U-Bahn steigt, hätte sie allen Grund auf die neuen „safety guards“, das Sicherheitssystem, das neben der Gültigkeit des Fahrscheines ebenfalls die persönlichen Daten der Passagiere überprüft und durch ihre Initiative eingeführt wurde, stolz zu sein.

Doch damit gibt sich Frau Schumacher nicht zufrieden: „Die safety guards sind ein Schritt in die richtige Richtung. Heute kommt kein Passagier mehr durch die Sicherheitsschranken in die U-Bahn, ohne dass die Daten in seinem Ausweis mit den internationalen Fahndungsdaten der Datenbank des Ministeriums für Heimatschutz und Terrorismusprävention verglichen werden. Dass das System erst letztes Jahr eingeführt wurde, liegt größtenteils an den Schwierigkeiten bei der technischen Realisierung. Doch - wie gesagt - die safety guards sind erst der Anfang. Dieses Jahr werden wir in allen Straßenbahnen und Bussen, zusätzlich zur Videoüberwachung in den U-Bahnhöfen, Kameras einbauen lassen. Zudem werden in allen größeren U-Bahnhöfen zentrale, polizeiliche Einsatzstellen errichtet, um im Falle eines terroristischen Angriffes schnell reagieren zu können.“

Öffentliche Verkehrsmittel waren in der Vergangenheit oft zu sensiblen Angriffszielen für terroristische Übergriffe geworden: 2005 starben bei Angriffen auf das Londoner Verkehrswesen 56 Menschen, 2007 forderte eine Bombendetonation in der Pariser Metro 115 Menschenleben und 2009 wurde Warschau das erste Mal vom internationalen Terrorismus getroffen, als ein Selbstmordattentäter an einem geschäftigen Dienstagmorgen einen Bus in die Luft sprengte und dabei 82 Menschen mit in den Tod riss. 2010 schließlich konnte ein Attentat auf die Berliner S-Bahn nur knapp vereitelt

werden; am Bahnhof Alexanderplatz wurde ein Sprengsatz in einer Mülltonne gerade noch rechtzeitig entdeckt.

Das verstärkte Bewusstsein für die eigene Verwundbarkeit war ein bedeutender Faktor, der 2010 maßgeblich zur Errichtung des Ministeriums für Heimatschutz und Terrorismusprävention nach dem Vorbild der USA führte.

Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits Frankreich und Polen, die ja beide zuvor schon vom Terrorismus heimgesucht worden waren, vergleichbare Ministerien geschaffen, die über erweiterte Kompetenzen vorrangig in den Bereichen Sicherheits- und Asylpolitik verfügten.

Einige Jahre zuvor hatte auch Großbritannien damit begonnen, seine Asylpolitik zu verschärfen: Seit 2005 ist es im Vereinigten Königreich den Behörden erlaubt, Asylbewerber aufgrund des Verdachtes der Verbindung zu einer terroristischen Organisation abzulehnen oder so genannte Hassprediger abzuschieben. Dem britischen Beispiel folgten nach und nach alle anderen EU-Staaten. Zudem wandte die Europäische Union ab 2006 vermehrt Gelder zur Grenzsicherung in Küstenstaaten wie Italien und Spanien auf, um die illegale Einwanderung in die EU-Staaten zu unterbinden.

Die Wichtigkeit der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik sowie der Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit nahm in den Jahren, in denen Europa vermehrt vom Terrorismus getroffen wurde, enorm zu. 2012 entstand im Rahmen der dritten Säule der europäischen Einigung eine gesamteuropäische Koordinierungsstelle der einzelnen Heimatschutzministerien, die eng mit Europol und den Geheimdiensten der EU-Länder kooperiert.

Der nach dem endgültigen Scheitern der EU-Verfassung 2006 lange tot geglaubte Integrationsprozess war wieder angestoßen worden. Sarine Schumacher, die hinter einem massiven, dunklen Schreibtisch in ihrem Büro mit Blick auf den Reichstag sitzt, ist zufrieden mit der Arbeit der Europäischen Union: „Diese ausgebauten Sicherheitsstrukturen waren dringend notwendig.“ Im Übrigen, so erklärt Frau Schumacher, erlebe Europa gerade eine Art „neue Blütezeit“, da noch nie so viele Gesetze zur Sicherheitspolitik von allen EU-Staaten eins zu eins ratifiziert worden wären. „Das zeigt doch, dass wir uns endlich einmal einig sind.“

Ein Beispiel für die allseits beschworene Einigkeit ist unter anderem die europaweite Einführung von biometrischen Daten in Ausweisen. Bereits 2005 wurden biometrischen Pässe verbindlich bei Neu-Beantragungen in der Bundesrepublik eingeführt. Die Pässe enthielten zu diesem Zeitpunkt lediglich ein digitales Foto des Inhabers. 2007 mussten schließlich alle EU-Bürger auf die Ämter, um den neuen – nun obligatorischen – Ausweis zu beantragen, dessen Chip neben einem digitalen Foto und den Fingerabdrücken auch einen Iris-Scan enthält. Im Gespräch ist zudem eine Erweiterung des Chips, der in Zukunft zusätzlich Daten, betreffend der DNA-Struktur des Inhabers, enthalten soll.

Wenn Sarine Schumacher über die neuen Ausweise spricht, glänzen ihre Augen: „Die biometrischen Ausweise waren wirklich eine bahnbrechende Neuerung. Ohne sie wären ja auch die safety guards nicht realisierbar gewesen, die sich der Informationen bedienen, die der Chip enthält.“

Vor einer Woche hatte die 34-jährige Leiterin des Ministeriums für Heimatschutz und Terrorismusprävention einjähriges Dienstjubiläum. Gefeiert wurde das im Berliner Hotel Adlon. „Ein bisschen Spaß muss sein“, erklärt Schumacher augenzwinkernd.

Den Spaß kann man ihr nach ihrer steilen Karriere wohl nur gönnen: Die Tochter eines syrischen Anwaltes, der 1980 vor dem Regime nach Deutschland floh, und einer deutschen Musikerin wuchs zweisprachig auf und studierte nach dem Abitur Jura und Islamwissenschaften in Berlin und Amman. Nach ihrer Promotion startete sie ihre berufliche Laufbahn schließlich beim neu gegründeten Ministerium für Heimatschutz und Terrorismusprävention, dessen Leiterin sie 2019 wurde.

Und bald gibt es für die jüngste Ministerin des jüngsten Ministeriums in der Bundesrepublik wieder einen Grund zu feiern: Zum 10-jährigen Jubiläum des Ministeriums für Heimatschutz und Terrorismusprävention sind alle führenden Politiker des Landes sowie einige bedeutende Europapolitiker eingeladen.

Frau Schumacher ist stolz auf die Entwicklung ihrer Behörde. „Unsere Arbeit ist effektiv und allgegenwärtig“, bekennt sie lächelnd. Allgegenwärtig sind vor allem die Kameras, die das öffentliche Leben in allen größeren deutschen Städten überwachen, oder auch die Ausweiskontrollen, die jeden Tag an zufällig gewählten Standorten im ganzen Land stattfinden.

All diese Maßnahmen haben sich bereits als Praktiken der täglichen Routine etabliert. Weniger allgegenwärtig sind hingegen Rasterfahndungen und das gezielte Abhören von verdächtigen Personen.

Über die Vor- und Nachteile der Politik des neu geschaffenen Ministeriums wird weiterhin kontrovers diskutiert. Für Sarine Schumacher wiegen die Vorteile jedoch deutlich schwerer: „In den letzten 5 Jahren gab es nur einen weiteren Übergriff auf die Berliner S-Bahn, der durch die neu installierte Videoüberwachung ebenfalls vereitelt werden konnte.“ Europa-weit hätte man die „terroristische Aktivität“ zudem um 60% eindämmen können. „Die Menschen fühlen sich endlich wieder sicher, wenn sie zur Arbeit fahren oder einkaufen gehen“, so Schumacher. „Dieses Gefühl von Sicherheit ist unbezahlbar.“ Des Weiteren seien durch die Arbeit des Ministeriums ca. 20 000 neue Jobs in „dieser neuen, zukunftssträchtigen Branche“ entstanden.

Angesprochen auf die Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Grundrechte, unter anderem aufgrund der breit gefächerten Rasterfahndungen, durch die die persönlichen Freiheitsrechte der betroffenen – größtenteils muslimischen – Personen in bedeutendem Maße verletzt werden, oder durch die verschärfte Asylpolitik, die dazu beiträgt, dass politisch Verfolgten aufgrund von oft wenig fundierten Verdachten das Grundrecht auf Asyl abgesprochen wird, bewahrt Sarine Schumacher eine überzeugte Miene:

„Dem Heimatschutz muss eben geopfert werden.“